

## Gesellschaftspolitische Neuorientierungen des Protestantismus in den fünfziger Jahren / // ein Tagungsbericht

Am 26. und 27. Januar 2001 fand in Bochum das 4. Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus statt. Die jährlich unter einem Leitthema stattfindenden Tagungen verstehen sich als ein offenes Forum, das Forschungen zur Geschichte des sozialen und politischen Protestantismus im 19. und 20. Jahrhundert zur Diskussion stellen will. Theologen, Historiker und Sozialwissenschaftler präsentieren dabei ihre Forschungen. Damit soll gleichzeitig ein Beitrag zu einer interdisziplinären Erforschung der Kirchen- und Gesellschaftsgeschichte geleistet werden.

Nach Tagungen zum sozialen Protestantismus in der Weimarer Republik und im Vormärz stand in diesem Jahr der Nachkriegsprotestantismus im Mittelpunkt.

Das Jahr 1945 war für die evangelische Kirche ein Jahr der Chancen. Hohes Ansehen bei den Besatzungsmächten und bei der Bevölkerung gab beiden Kirchen zunächst einen neuen Einfluss auf die Gesellschaft. Leitbild für die zukünftige Entwicklung war dabei die Interpretation des Nationalsozialismus: Kriegsniederlage und die Zerstörung Deutschlands wurden aufgefasst als Mahnung und Aufforderung, eine umfassende Neuorientierung Deutschlands aus christlichem Geist zu erreichen. Die „dämonische Macht“ des Nationalsozialismus wurde beschrieben als Konsequenz des Prozesses der Säkularisierung, dem nun eine Rechristianisierung der Gesellschaft folgen müsse.

Zugleich stand die evangelische Kirche vor großen praktischen Herausforderungen. Sie musste einen eigenen organisatorischen Neuaufbau leisten, bezogen sowohl auf die einzelnen Landeskirchen, wo vielfach neue, unbelastete Leitungen eingesetzt werden mussten, als auch auf die Gesamtvertretung der Kirche. Dabei gelang der Kirche schnell ein Neuanfang, gefördert besonders von dem württembergischen Bischof Theophil Wurm und dessen „Einigungswerk“. Die Gründung der EKD auf der Kirchenversammlung von Treysa im August 1945 war ein Sieg des gemäßigten, kompromissbereiten Flügels des Protestantismus. Wurm setzte auf das Konzept einer Volkskirche, die die verschiedenen Strömungen des Protestantismus integrieren wollte. Mit Theophil Wurm oder Otto Dibelius prägten Persönlichkeiten das Bild des Protes-

tantismus, die ihre theologischen und gesellschaftlichen Leitbilder in den Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik entwickelt hatten. Der Neuaufbau der Landeskirchen und der Aufbau der EKD bewirkten zugleich eine charakteristische Verkirchlichung des bisherigen Verbandsprotestantismus. Vereine, Verbände und Initiativen wurden bewusst in den kirchlichen Raum hineingezogen, kirchlich organisiert und finanziert.

Parallel zu den innerkirchlichen Entwicklungen bekannte sich die evangelische Kirche anders als zuvor zu ihrem Öffentlichkeitsauftrag. Eine „Hinwendung zur Politik“ (Martin Greschat), die sich in den Formeln der „öffentlichen Verantwortung“ bzw. des „Wächteramtes“ unterschiedlich manifestierte, bedeutete für die Kirchen Chancen und Risiken gleichermaßen. Zum einen war die dezidierte Bereitschaft, neue Verantwortung zu übernehmen, durchaus eine konsequente Folge der theologischen und kirchenpolitischen Situation, zum anderen öffnete sich hier ein großes Konfliktpotential, sowohl innerhalb der Kirche als auch in der Gesellschaft. Während sich ein Teil des konservativen Flügels für einen bewussten Kurs der Partizipation und des Miteinanders mit der Politik Adenauers und der CDU entschied, standen andere Kreise in Opposition zu den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen in der Bundesrepublik.

Anders verlief die Entwicklung in der DDR, wo die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Kirche, wie es sich exemplarisch am Bereich der Jugendarbeit zeigen lässt, im Zentrum stand und damit eine Systemkonfrontation vorherrschte, die man mit unterschiedlichen Ansätzen zu lösen versuchte. Indem zugleich die sogenannten „fortschrittlichen Theologen“ in der DDR an Traditionen des Kirchenkampfes und der unmittelbaren Nachkriegszeit anknüpften, übten sie einen spezifischen Einfluss auf die Kirchen- und Gesellschaftsgeschichte in beiden deutschen Staaten aus.

Die Bochumer Tagung widmete sich diesem vielfältigen Themenfeld, sie bemühte sich dabei darum, die bisher in der Kirchlichen Zeitgeschichtsforschung anzutreffende Fixierung auf die unmittelbare Nachkriegszeit aufzulösen, indem die fünfziger Jahre besonders in den Blick genommen wurden.

Die Frage nach einer spezifischen „Protestantischen Vergangenheitspolitik“ wurde am Anfang der Tagung von Norbert Frei (Bochum) gestellt. Ausgehend von einer Darstellung der Vergangenheitspolitik, worunter er die Amnestierung und Integration der vormaligen Anhänger des „Dritten Reiches“ und die normative Abgrenzung vom Nationalsozialismus versteht, stellte er die Rolle der evangelischen Kirchenführer in diesem Prozess dar. Männer wie Theophil Wurm, Hans Mei-

ser, Martin Niemöller oder der Theologieprofessor Helmut Thielicke beteiligten sich intensiv an den Debatten, durch ihre öffentliche Reputation und ihren kirchenpolitischen Rückhalt gaben sie der Vergangenheitspolitik, die nach Frei eine schwierige Hypothek für die Bundesrepublik darstellte, eine Breitenwirksamkeit; sie sorgten für Legitimität der Argumente.

Anschließend gab Norbert Friedrich (Bochum) einen Überblick über die bisherige Erforschung des Protestantismus nach 1945. Die noch immer unzureichende Forschungssituation ist sehr lange geprägt gewesen von einem besonders durch die Frontenbildung des Kirchenkampfes bedingten Konflikt zwischen theologischer Urteilsbildung, kirchenpolitischen Zielen und historischer Forschung. Besonders viele ältere Arbeiten, die entweder unter dem Einfluss der Interpretation der bundesrepublikanischen Geschichte als Restaurationsphase standen oder aber eine legitimatorische Funktion zur Begründung der kirchlichen Strukturen der Nachkriegszeit besaßen, können als „Bekennnisliteratur“ bezeichnet werden. Dagegen plädierte Friedrich für eine kritische historische Forschung, wobei er einen „Pluralismus der Lesarten“ (Joachim Mehlhausen) unterstützte und eine Erweiterung des methodischen Zugangs zum Nachkriegsprotestantismus, etwa durch eine Verstärkung der mentalitätsgeschichtlichen Fragestellung, forderte.

Nach diesen grundsätzlicheren Betrachtungen behandelten die anderen Referate verstärkt einzelne Arbeits- und Themenfelder. Sven Bergmann (Essen) skizzierte am Beispiel des Philosophen und Theologen Georg Picht die Diskussion um die Bildungsreform in der Nachkriegszeit. Picht (1913–1982), der aus einer liberalen, bildungsbürgerlichen Familie stammte, war geprägt sowohl von Idealen der klassischen Bildung als auch von reformpädagogischen Vorstellungen. In der Nachkriegszeit bemüht er sich intensiv um eine Reform des deutschen Bildungswesen, so beteiligt er sich an den sogenannten „Tübinger Beschlüssen“ (1951) zur Zusammenarbeit von Schule und Hochschule. Lange Jahre war er zudem Gutachter des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen. Für den Protestantismus bedeutsam war schließlich seine langjährige Tätigkeit als Leiter der „Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft“ (FEST).

Ellen Überschar (Marburg) stellte am Beispiel der evangelischen Jugendarbeit Aspekte der DDR-Kirchengeschichte der 50er Jahre vor. Die Zeit war geprägt von den rabiaten Entkirchlichungsstrategien der Staatspartei, die eine Zurückdrängung der Kirche aus der Gesellschaft zum Ziel hatten. Der Jugendarbeit kam dabei eine paradigmatische Bedeutung zu, denn gerade die junge Generation sollte für das sozialistische Projekt gewonnen werden.

Von der offenen Repression ging die SED in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre zu einer verdeckten über, deren Angriffsziel weniger die Institutionen der Jugendarbeit, als vielmehr ihre individuellen Teilnehmer und Teilnehmerinnen waren. Die evangelische Jugendarbeit, die bereits während des Nationalsozialismus einen Verkirchlichungsprozess durchlaufen hatte, erfreute sich zunächst eines fast an Verbandszeiten erinnernden Erfolges. Der Rückgang in der Folge der Liquidierungsphase um fast 50% ließ die Jugendarbeit in die Krise geraten. Dennoch zeigten sich gegen Ende der 1950er Jahre Tendenzen, die eine neue Hinwendung zu der anderen, sozialistisch apostrophierten Gesellschaft erkennen ließen.

Einen wichtigen Aspekt aus der Geschichte der westdeutschen Jugendarbeit stellten Bruno W. Nikles (Essen), Brigitte Kramer (Münster) und Reinhard van Spankeren (Münster) vor, die über das Thema „Verlorene Siege – die Diskussion um den Jugendschutz in den 1950er Jahren“ referierten. Nikles skizzierte eingangs die historischen Entwicklungslinien, die Handlungsansätze und das Institutionengefüge des Kinder- und Jugendschutzes in Deutschland, dessen Anfänge in der Mitte des 19. Jahrhunderts liegen. Kramer informierte über Leitbilder, Konzepte und Medien evangelischer Jugendschutzarbeit in den 1950er Jahren, die noch weitgehend an den Schmutz- und Schundkampf der Weimarer Zeit anknüpfte. Abschließend hinterfragte van Spankeren am Beispiel des Jugendschutzes die These von den „modernen“ 50er Jahren. Dieses nicht unwichtige Handlungsfeld des sozialen Protestantismus hat sich auf die moderne Gesellschaft und ihre heute meist als Amerikanisierung und Westernisierung bezeichneten sozialkulturellen Prozesse und Phänomene nicht einlassen können, sondern diese im Gegenteil aktiv bekämpft. Entscheidende Zäsur wurde erst der Umbruch von 1968.

Einen theologischen Focus setzte Hartmut Ludwig (Berlin), der die „Sozialvorstellungen des Darmstädter Wortes“ untersuchte. Das Darmstädter Wort der Kirchlich-theologischen Arbeitsgemeinschaft von 1947 bemühte sich um eine Neuorientierung der politischen Ethik. Das Wort, welches ursprünglich von Hans-Joachim Iwand stammt und dann von Martin Niemöller und Karl Barth an entscheidenden Stellen verändert und entschärft wurde, zeigt in seiner Grundintention das Ziel, mit den alten nationalprotestantischen Traditionen zu brechen und einen wirklichen theologischen, gesellschaftlichen und politischen Neuanfang zu machen. Da es nur von einer Minderheit innerhalb des deutschen Protestantismus zustimmend rezipiert wurde, waren seine Wirkungen für die weitere Geschichte des Nachkriegsprotestantismus begrenzt, wenn es auch seit den 60er Jahren immer mehr für Teile des

linken Protestantismus eine wichtige Leitlinie war. Die in dem Wort formulierten sozialen Vorstellungen bildeten früh eine wichtige Brücke für die Annäherung zwischen der Sozialdemokratie und der evangelischen Kirche.

Einem anderen politischen Spektrum widmete sich Thomas Sauer (Erfurt), der die Geschichte des „Kronberger Kreises in der frühen Bundesrepublik“ nachzeichnete. Dieser recht kleine Kreis evangelischer, zumeist lutherischer Persönlichkeiten, die in Kirche, Wirtschaft oder Politik an führenden bzw. einflussreichen Positionen saßen, bestand von Anfang der 50er Jahre bis zur Mitte der 70er Jahre. Gründer waren Eberhard Müller, Reinold von Thadden-Trieglaff und Hanns Lilje. Als Elitenzirkel bemühte sich der Kreis um eine Unterstützung des Prozesses der Integration des westdeutschen Protestantismus in die junge, sich entwickelnde westdeutsche Demokratie. Man bekannte sich nachdrücklich zu christlichen Werten, zur parlamentarischen Demokratie, zur Westintegration und zur sozialen Marktwirtschaft, Weichenstellungen, die nachdrücklich unterstützt wurden. Dabei spielte die Idee einer christlichen Gemeinschaft eine Rolle, die politisch im Sinne einer Konsensdemokratie umgesetzt wurde. Die Kronberger waren zugleich Förderer des sogenannten Westernisierungsprozesses.

Unter dem Titel „Auf dem Weg zur Institutionalisierung der Dauerreflexion“ hat Traugott Jähnichen (Bochum) die wichtigsten neuen Institutionen des Nachkriegsprotestantismus – Kirchentage und evangelische Akademien – untersucht. Im Anschluss an Helmut Schelsky entwickelte er die These, dass deren Bedeutung weniger von den Themen oder Inhalten bzw. den entsprechenden theologischen und weltanschaulichen Konzeptionen der sich hier versammelnden protestantischen Eliten abhing, sondern wesentlich durch die dort entwickelnden Kommunikationsformen bestimmt gewesen ist. Dabei konnte gezeigt werden, inwiefern – z.T. gegen die ursprüngliche Intention der an diesen Institutionen Beteiligten – das nicht nur für den Nachkriegsprotestantismus, sondern generell für die politische Kultur der frühen Bundesrepublik innovative Potenzial von Akademien und Kirchentagen wesentlich in einer kommunikationsgeschichtlich grundlegenden Veränderung dieser kirchlichen Handlungsformen begründet liegt.

Insgesamt zeigte sich auf der Tagung, wie schwierig es ist, den deutschen Protestantismus der 50er Jahre in eine einheitliche Perspektive zu bringen. Retardierende Momente finden sich ebenso wie Versuche des Aufbruchs, modernisierende Elemente lassen sich ebenso ausmachen wie reaktionäre Denk- und Verhaltensmuster. Echte Aufbrüche jedoch konnten sich erst in den 60er Jahren durchsetzen, als auch eine neue

Generation langsam Verantwortung in Kirche und Gesellschaft zu übernehmen begann.

Genau wie bei den früheren Tagungen werden die Vorträge in der Reihe „Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus“ (Lit-Verlag Münster) dokumentiert werden. Der Band „Gesellschaftspolitische Neuorientierungen des Protestantismus in den fünfziger Jahren“, hg.v. Traugott Jähnichen und Norbert Friedrich, erscheint im Januar 2002.